



LAND BRANDENBURG

Landesamt für Umwelt

Abteilung Technischer Umweltschutz 2

Landesamt für Umwelt
Postfach 60 10 61 | 14410 Potsdam

Lehner-Wolf-WERKplan GmbH
Burgwartstraße 77a
01705 Freital

Bearb.: Frau Andrea Barenz
Gesch.-Z.: LFU-TOEB-
3700/508+29#236914/2024
Hausruf: +49 355 4991-1332
Fax: +49 331 27548-2659
Internet: www.lfu.brandenburg.de
TOEB@LFU.Brandenburg.de

Cottbus, 27.06.2024

**Bebauungsplan Nr. 7-2022 "Wohnnutzung Hörlitz - An der Hochkippe 1" der
Gemeinde Schipkau**
Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange

Eingereichte Unterlagen:

- Anschreiben vom 24.05.2024
- Begründung, 03/2024
- Planzeichnung, 03/2024

Sehr geehrte Damen und Herren,

die zum o. g. Betreff übergebenen Unterlagen wurden von den Fachabteilungen Naturschutz, Immissionsschutz und Wasserwirtschaft (Prüfung des Belangs Wasserwirtschaft hier bezogen auf die Zuständigkeiten des Wasserwirtschaftsamtes gemäß BbgWG § 126, Abs. 3, Satz 3, Punkte 1-5 u. 8) des Landesamtes für Umwelt (LfU) zur Kenntnis genommen und geprüft. Im Ergebnis dieser Prüfung wird für die weitere Bearbeitung der Planungsunterlagen sowie deren Umsetzung beiliegende Stellungnahme der Fachabteilung Immissionsschutz übergeben. Die Fachabteilung Wasserwirtschaft zeigt keine Betroffenheit an. Die fachliche Zuständigkeit für den Naturschutz obliegt der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Oberspreewald-Lausitz.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Andrea Barenz

Dieses Dokument wurde am 27.06.2024 elektronisch schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig.

Besucheranschrift:
Von-Schön-Straße 7

03050 Cottbus

Tel: +49 0355 4991-1035

Fax: +49 0331 27548-3308

Hauptsitz:
Seeburger Chaussee 2
14476 Potsdam
OT Groß Glienicke

FORMBLATT
Beteiligung der Träger öffentlicher Belange an Bauleitplanverfahren
und vergleichbaren Satzungsverfahren (§ 4 BauGB)

Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange

Name/Stelle des Trägers öffentlicher Belange	Landesamt für Umwelt - Abteilung Technischer Umweltschutz 2
Belang	Immissionsschutz
Vorhaben	Bebauungsplan Nr. 7-2022 "Wohnnutzung Hörnitz - An der Hochkippe 1" der Gemeinde Schipkau
Ansprechpartner*In: Referat: Telefon: E-Mail:	Jutta Kimmig T 25 / T2 0355 4991-1361 TOEB@lfu.brandenburg.de

Bitte zutreffendes ankreuzen ☒ und ausfüllen.

Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung	<input type="checkbox"/>
---	--------------------------

1. Einwendungen	
Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können (bitte alle drei Rubriken ausfüllen)	
a) Einwendung	
b) Rechtsgrundlage	
c) Möglichkeiten der Anpassung an die fachgesetzlichen Anordnungen oder die Überwindung (z. B. Ausnahmen oder Befreiungen)	

2. Fachliche Stellungnahme	
<input type="checkbox"/>	Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o. g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands und des Zeitrahmens
<input checked="" type="checkbox"/>	Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage
<u>Rechtsgrundlage:</u> Gemäß § 50 Satz 1 BImSchG sind bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen die für eine	

bestimmte Nutzung vorgesehenen Flächen einander so zuzuordnen, dass schädliche Umwelteinwirkungen und von schweren Unfällen im Sinne des Artikel 3 Nummer 13 der Richtlinie 2012/18/EU in Betriebsbereichen hervorgerufene Auswirkungen auf die ausschließlich oder überwiegend dem Wohnen dienende Gebiete sowie auf sonstige schutzbedürftige Gebiete, insbesondere öffentlich genutzte Gebiete, wichtige Verkehrswege, Freizeitgebiete und unter dem Gesichtspunkt des Naturschutzes besonders wertvolle oder besonders empfindliche Gebiete und öffentlich genutzte Gebäude, soweit wie möglich vermieden werden.

Diese Forderung gilt als erfüllt, wenn die nach dem Leitfaden KAS-18 „Empfehlung für Abstände zwischen Betriebsbereichen nach der Störfall-Verordnung und schutzbedürftigen Gebieten im Rahmen der Bauleitplanung - Umsetzung § 50 BImSchG“ ermittelten Achtungsabstände eingehalten werden.

In der städtebaulichen Planung finden die schalltechnischen Orientierungswerte der DIN 18005-1 (Schallschutz im Städtebau vom Juli 2002) Anwendung. In der DIN sind als Zielvorstellungen für die städtebauliche Planung schalltechnische Orientierungswerte für die einzelnen Baugebiete nach BauNVO angegeben, deren Einhaltung bzw. Unterschreitung im Interesse einer angemessenen Immissionsvorsorge wünschenswert ist.

Stellungnahme:

Die erarbeiteten Planunterlagen (Stand Entwurf März 2024) zur Schaffung von Zulässigkeitsvoraussetzungen für die Bestandssicherung und maßvolle Erweiterung des Standortes „An der Hochkippe 1“ (Flur 1, Flurstück 510/1) im Ortsteil Hörnitz der Gemeinde Schipkau wurden aus immissionsschutzfachlicher Sicht geprüft. Danach werden für die weitere Planaufstellung nachfolgende Hinweise und Anforderungen übermittelt.

1. Grundsätzlich wird die nunmehr geplante Aufstellung eine Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes zur Standortsicherung der vorhandenen Wohn- und Gewerbenutzung befürwortet. Insofern wurden die übermittelten Hinweise zur frühzeitigen Beteiligung berücksichtigt.
2. Nach dem vorliegenden Planentwurf sind am Standort zwei Baufelder für Wochenendhäuser, Ferienhäuser und Campingstellplätze gekennzeichnet. Bei den geplanten Nutzungsarten handelt es sich um schutzbedürftige Nutzungen, für die im Sinne der BauNVO in Verbindung mit der DIN 18005-1 (Schallschutz im Städtebau) der Schutzanspruch analog einer WA-Baufläche (Allgemeines Wohngebiet) gesichert werden soll. Hierbei sind insbesondere die schalltechnischen Beurteilungspegel nachts mit maximal 45 dB(A) für die Planfläche von Bedeutung.

Die in der DIN 18005-1 benannten Orientierungswerte sind durch die Erarbeitung eines Fachgutachtens zur Schalltechnischen Untersuchung zu prüfen und zu bewerten. Auf der Grundlage der ermittelten Ergebnisse sind im vorhabenbezogenen B-Planverfahren geeignete Maßnahmen zur planerischen Vorsorge zu treffen. Eine allgemeine Verschiebung der erforderlichen Lärmschutzprüfung, ohne nachvollziehbar begründete Notwendigkeit (Gutachtenergebnisse) auf die nachfolgende Planungsebene (Baugenehmigung) wird nicht befürwortet.

3. Im Rahmen der erforderlichen Schalltechnischen Untersuchung sollten neben den Ermittlungen zur Verkehrslärmbelastung auch Bewertungen zum Gewerbelärm erfolgen. Hierfür sind neben Aussagen zu den im Plangebiet vorhandenen Nutzungsarten die bereits übermittelten Hinweise zum Anlagenbestand im näheren Umfeld des Plangebietes zu beachten.

Anlagenbestand:

Neben dem Nutzungs- und Planungsbestand der nördlich bis nordwestlich lokalisierten DEKRA-Anlagen sind für den Geltungsbereich auch die östlich bestehenden Gewerbenutzungen zu beachten. Hierzu gehört insbesondere ein ca. 250 m entfernt lokalisierter Autoverwertungsbetrieb.

Autoverwertungsanlage der Firma Auto - Service Fritsch, Am Schießplatz 8 in 01993 Schipkau

Die Anlage ist nach Nr. 8.9.2V der 4. BImSchV für die Lagerung und Behandlung von Autowracks mit einer Kapazität von zu 1000 Altfahrzeugen immissionsschutzrechtlich genehmigungsbedürftig und wird derzeit auf Basis des Genehmigungsbescheides Nr. AFI G-42/98 des AFI Cottbus vom 26.01.1999 i. V. m. der nach § 15 Abs. 1 erfolgten Änderungsanzeige gemäß BImSchG (Az.: 40.153/08/A/009.2c/RS vom 22.04.2009) betrieben. Nachträgliche Anordnungen sind keine ergangen.

Betriebszeiten: Montag-Freitag 7:00 – 18:00 Uhr

Es gelten folgende Emissions-/Immissionsbegrenzungen:

- Lärmimmissionen: tagsüber 60 dB(A) an der nördlichen Grundstücksgrenze, keine IO festgelegt

Hinweis: Bestätigung der Immissionsschutzbehörde vom 4.04.2006 bezüglich der Kfz-Werkstatt mit 24-Stunden-Abschlepp- und Pannendienst, dass keine Auflagen bestehen, die dem Dienst entgegenstehen.

Fazit:

Zur Vermeidung von schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne von § 3 BImSchG und der Prüfung der Auslastungsmöglichkeiten für die geplanten Erholungsflächen sind gutachterliche Bewertungen der für das Plangebiet bestehenden und zu erwartenden Gewerbe- und Verkehrslärmimmissionen erforderlich.

Die Ergebnisse der Gutachten sind in die Planunterlagen (Umweltbericht) einzuarbeiten und ggf. entsprechende Vorsorgemaßnahmen gegen erhebliche Nachteile oder erhebliche Belästigungen für schutzwürdige Nutzungen festzusetzen.

Die Stellungnahme verliert mit wesentlicher Änderung der Beurteilungsgrundlagen ihre Gültigkeit.

Dieses Dokument wurde am 27.06.2024 elektronisch schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig.